



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 02.02.2017	Beginn 17:03 Uhr	Ende 19:41 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Hortolani, Frauke Dr.
Kaufmann, Michaela Dr.
Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd
Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Weidner, Johnnie
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Pfeffer, Jörg
Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian Dr.
Garn, Elke
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Burbulla, Johanna
Huppelsberg, Wulf
Stutzenberger, Olaf

ab 17:22 Uhr - TOP A 8

Vorsitzende

Sartor, Christiane

Vertretung für die Bürgermeisterin
Frau Grollmann

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Appelkamp-Decker, Annika

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Lippki, Niklas

Menke, Olaf

Mollenkott, Marion

Rath, Christiane

Rudolph, Heike

Rüth, Christian

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Tolksdorf, Andreas

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet

Kirschner, Thorsten

Philipp, Sylvia Dr.

Müller, Michael

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Vertretung durch die 1. stv.
Bürgermeisterin Frau Sartor

Vor Eröffnung der Sitzung des Rates begrüßt die 1. stellvertretende Bürgermeisterin Frau Sartor zunächst alle Anwesenden ganz herzlich und spricht allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten, nachträgliche Glückwünsche aus.

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|--|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes | 005/2017 |
| 4 | Ehrung eines Ratsmitglieds | |
| 5 | Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder | |
| 6 | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 24.11.2016 | |
| 7 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 8 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 9 | Vorstellung des neuen SIHK-Präsidenten Herrn Ralf Stoffels | |
| 10 | Änderung von Ausschussbesetzungen und der Entsendung von Vertretern der Stadt in Drittorganisationen | 240/2016/1 |
| 11 | Benennung eines neuen beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss | 242/2016 |
| 12 | Änderung des 1. stellvertretenden Vorsitzes des Sportausschusses | 241/2016 |
| 13 | Auflösung und Neubildung des Liegenschaftsausschusses | 012/2017 |
| 14 | Ausschussbesetzung des Liegenschaftsausschusses | 013/2017 |
| 15 | Statusbericht Freibadbetrieb | |

16	"Neue Mitte Schwelm" - Beschluss zur Abgrenzung des Untersuchungs- und Handlungsfeldes - Konzept zur zukünftigen Beteiligung der Öffentlichkeit	203/2016/3
16.1	Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE BÜRGER, B'90/Die Grünen und SWG/BfS vom 02.02.2017 - "Zentralisierung der Verwaltung"	022/2017
16.2	Bebauungsplan Nr. 103 "Rathaus - Neue Mitte" - Aufstellungsbeschluss	023/2017
17	Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Bahnhof Loh"	239/2016/2
18	Klimaschutzmanagement in der Stadt Schwelm	245/2016
19	Entwicklung der Sportanlage "An der Rennbahn" - Beauftragung eines Fachingenieurbüros (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW	002/2017
20	2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Städtische Musikschule Schwelm vom 16.11.2010	198/2016/1
21	Bereitstellung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung an den Volkshochschulzweckverband (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW)	238/2016
22	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement"	003/2017
23	Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 in den Produkten 06.01.04/ 06.03.03./06.03.04 - "Jugendhilfe"	006/2017
24	Elektronische Fassung Haushalt 2017	001/2017
25	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Zunächst eröffnet Frau Sartor die erste Ratssitzung des Jahres 2017.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

Zur Tagesordnung unterbreitet sie folgende Änderungs-/Ergänzungsvorschläge:

Auszutauschende Vorlagen:

- VL 203/2016/3 – zur „Neuen Mitte Schwelm“ – ersetzt VL 203/2016/2
- VL 239/2016/2 – Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet „Am Loh“ – ersetzt VL 239/2016/1

Frau Sartor teilt mit, dass darüber hinaus mit heutigem Datum von mehreren Fraktionen des Schwelmer Rates zum **Tagesordnungspunkt 16 „Neue Mitte“ Schwelm** ein Antrag gestellt worden sei. Der Antrag sei über die Verwaltungsvorlage 022/2017 in das System eingestellt worden. Die Verwaltung schlage vor, diesen als Unterpunkt 16.1 in die Tagesordnung einzugliedern.

Zudem und bezugnehmend auf den heutigen Antrag werde von der Verwaltung ein weiterer Beschlussvorschlag mit Vorlage 023/2017 vorgelegt, der als Unterpunkt 16.2 in die Tagesordnung aufgenommen werden sollte.

Herr Feldmann erklärt, dass sich die Fraktion DIE LINKE. dem heute gestellten gemeinsamen Antrag anschließe.

Nachdem keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen erhoben werden, steigt Frau Sartor in die Tagesordnung ein.

3 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes 005/2017

Die stellvertretende Bürgermeisterin begrüßt Herrn Johnnie Weidner als neues Mitglied des Rates.

Er ist nach Verzicht des Herrn Dr. Sascha Mayer auf sein Ratsmandat im Wege der Mandatsnachfolge in den Rat der Stadt Schwelm nachgerückt.

Frau Sartor führt Herrn Johnnie Weidner in sein Amt ein und verpflichtet ihn zur

gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

4 Ehrung eines Ratsmitglieds

Als nächstes ehrt Frau Sartor Herrn Hans-Otto Lusebrink für seine mehr als 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit im Rat der Stadt Schwelm und überreicht ihm eine Urkunde.

5 Gedenken an verstorbene Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Ratsmitglieder

Anschließend verliest die 1. Stellvertreterin der Bürgermeisterin die Namen der im letzten Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen sowie der verstorbenen Ratsmitglieder, soweit die Verwaltung von deren Ableben erfahren hat und bittet alle Anwesenden, sich für eine Schweigeminute von ihren Plätzen zu erheben.

6 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 24.11.2016

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	3

7 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

Frau Sigrun Tamschick bezieht sich auf die Baumaßnahme im Bereich Tilsiter Weg, Lausitzer Weg, Glatzer Weg und teilt mit, dass der Arbeitskreis der Siedlergemeinschaft am Martfeld einen Brief an die Verwaltung geschrieben habe. Sie selbst sei Ansprechpartnerin für diesen Arbeitskreis.

Es habe eine Informationsveranstaltung und Begehung des Bereiches stattgefunden, in deren Verlauf ihnen Herr Migchielsen den Stand der Planungen vorgestellt habe. Hierbei wurde der Eindruck gewonnen, dass die Planungsphase bereits abgeschlossen sei und der Anschein erweckt, dass die Fragen und Anregungen der Anwohner nicht gewünscht seien. Sie erkundigt sich, ob die Beteiligung der Bürger tatsächlich gewollt sei und welche anderen Ansprechpartner oder Gremien es gebe, an die sich die Anwohner mit ihren Fragen wenden können.

Herr Guthier erläutert, dass es von Seiten der Verwaltung bei dem bereits vorgestellten und kommunizierten Verfahren bleibe. Frau Tamschick habe bereits zwei Verfahrensschritte in ihrem Vortrag vorgestellt und der dritte Schritt werde die Zusammenfassung der Ergebnisse sein, um diese dem Kreis vorzustellen. Das

Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Die Fragen und Anregungen der Anwohner werden dem Kreis gleichermaßen vorgestellt.

Herr Flühöh bittet, wenn derartige Fragen an die Verwaltung gerichtet werden, an wen sich die Bürgerschaft noch wenden könne, dass diese bitte auch den Fraktionsspitzen in Kopie weitergeleitet werden, damit alle den gleichen Kenntnisstand haben und die Angelegenheit auf Augenhöhe miteinander erörtern können.

Herr Guthier weist darauf hin, den Fragenkatalog ohne Vorankündigung gerade erst vor der Sitzung erhalten zu haben.

Herrn Stutzenberger hat den Eindruck, dass Frau Tamschick eine dreiteilige Frage vorgetragen und die Verwaltung nur einen Teil hiervon beantwortet habe.

Herr Guthier ergänzt, dass in der Bürgerveranstaltung angekündigt worden sei, eine FAQ-Liste zu erstellen, an der der Fachbereich Bauen und Planen derzeit arbeite.

Herr Kranz bittet als Kompromisslösung, den Fraktionen den gerade überreichten Fragenkatalog per Email zuzuleiten.

Nach kurzer klärender Erörterung wird festgehalten, dass den Fraktionen der vor der Sitzung eingereichte Fragenkatalog zusammen mit den vor ein paar Wochen bereits gestellten Fragen per Email zugeleitet wird.

8 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Herr Rüth gibt eine Mitteilung zu den Samstagsöffnungszeiten des Bürgerbüros während der Wahl- und Abstimmungsphase (*Die Mitteilung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt!*).

An die Mitteilung schließt eine kurze kontroverse Diskussion an. Herr Schwunk fordert, zukünftig mit der Politik ein Konzept unter Berücksichtigung der Personalkosten zu besprechen. Herr Weidenfeld verweist in dem Zusammenhang auf die Ausführungen der Bezirksregierung zur weiteren Ausdehnung von Personalaufwendungen.

Anschließend trägt Herr Rüth eine Mitteilung zu dem Vorhaben von Straßen NRW hinsichtlich der Erneuerung von Lichtsignalanlagen an der B 7, insbesondere an der Carl-Vom-Hagen-Straße/Ruhrstraße/Talstraße vor (*Diese Mitteilung ist ebenfalls dem Protokoll als Anlage beigefügt!*).

In diesem Kontext kündigt er eine Vorlage für den Hauptausschuss am 16.03.2017 an.

9 Vorstellung des neuen SIHK-Präsidenten Herrn Ralf Stoffels

Frau Sartor begrüßt ganz herzlich den neuen SIHK-Präsidenten, Herrn Ralf Stoffels, und bittet ihn, sich mit ein paar Worten vorzustellen.

Herr Stoffels dankt Frau Sartor für diese Gelegenheit und gibt einen kurzen Einblick in seine persönlichen und beruflichen Verhältnisse, seinen Werdegang bei der SIHK und sein bevorzugtes Engagement.

- 10 Änderung von Ausschussbesetzungen und der Entsendung von Vertretern der Stadt in Drittorganisationen 240/2016/1**

Beschluss:

Die in Anlage 1 zur Vorlage 240/2016/1 aufgeführten Änderungen von Ausschussbesetzungen und Entsendung/Konkretisierung von Vertretern der Stadt in Drittorganisationen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 11 Benennung eines neuen beratenden Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 242/2016**

Kenntnis genommen

- 12 Änderung des 1. stellvertretenden Vorsitzes des Sportausschusses 241/2016**

Kenntnis genommen

- 13 Auflösung und Neubildung des Liegenschaftsausschusses 012/2017**

Herr Flühshöh führt zu dem heute erschienenen Presseartikel aus. Er selbst sei ein starker Verfechter des Ehrenamtes und habe viel mitüberlegt, wie das Ehrenamt weiter gestärkt werden könne, um auch in Zukunft Menschen zu finden, die sich für dieses einbringen. In Konkurrenz zu vielen anderen Angeboten, die es für die Freizeitgestaltung gebe, werde es zunehmend schwieriger, Interessierte dafür zu finden, z.B. Politik und Ausschussarbeit zu betreiben. Alle Parteien auf Landesebene waren sich seinerzeit einig, dieses Ehrenamt weiter stärken zu wollen, so auch für die politische Arbeit und die Feuerwehr. Dessen Attraktivität steige durch einen Presseartikel, wie er heute in der Zeitung erschienen sei, nicht. Es hätte es für schön gefunden, wenn von Seiten der Presse im Vorfeld beide Seiten hinsichtlich der Neubildung des Liegenschaftsausschusses angehört worden wären. Im Schwelmer Rat habe man schwierige Mehrheitsverhältnisse und zu Beginn der Wahlperiode haben sich alle Fraktionen viele Gedanken zu einer fairen Ausschussbesetzung, vielleicht auch ein Stück weit weg von den Wahlergebnissen, gemacht, und am Ende zu einer Lösung gefunden, die in Einigkeit erzielt worden sei und über die die

Fraktionen nicht in Streit geraten seien. Die Presse dürfe die Politik kritisieren, dies sei sogar ihre Aufgabe, aber gerade wo es um solche Themen gehe, noch interessierte Menschen für Ehrenämter zu finden, appelliere er dafür, zukünftig vorher zum Hörer zu greifen und der Politik auch die Chance einer Erläuterung zu geben.

Herr Schwunk erklärt, dass die FDP seit dem Sommer letzten Jahres die drittstärkste Fraktion des Rates sei und nicht nur der Liegenschaftsausschuss nicht mehr diesem Kräfteverhältnis entspreche, die FDP aber trotzdem keine Forderung nach Änderungen gestellt habe. Die FDP habe sich aus den Gesprächen herausgehalten, auch andere Alternativen zur Neubildung des Liegenschaftsausschusses vorgestellt, die aber abgelehnt worden seien und werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Feldmann stimmt Herrn Flühöh dahingehend zu, dass die Ausschussbildung und Besetzung zu Beginn einer Wahlperiode schwierige Entscheidungen seien. Einvernehmliche Regelungen seien da stets die Besten. Innerhalb der Fraktion DIE LINKE. werde eine geteilte Meinung vertreten, so dass auch seine Fraktion sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten werde.

Herr Philipp bringt in Erinnerung, dass die Ausschüsse zu früheren Zeiten vor Erhöhung der Anzahl der Fraktionen im Rat kleiner gewesen seien. Das frühere Ratsmitglied Herr Paul Frech habe stets für den Grundsatz plädiert, möglichst alle Fraktionen immer zu beteiligen. In dem Sinne werde die SPD-Fraktion den Vorschlag unterstützen.

Herr Kranz bestätigt, dass etliche Gespräche in der Angelegenheit geführt worden seien, in deren Verlauf die FDP für ihn ebenfalls akzeptable Vorschläge unterbreitet habe, die jedoch von der Fraktion DIE BÜRGER abgelehnt worden seien. Die Fraktion SWG/BfS werde sich der Stimme enthalten.

Frau Sartor verliest alle Namen der Vorsitze mit Angabe des Ausschuss, auf die sich die Fraktionen im Vorfeld geeinigt haben und fragt, ob dieser Einigung widersprochen werde. Nachdem dies nicht erfolgt, erkundigt sie sich, ob Einwände dagegen bestehen, über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlags gemeinsam abzustimmen. Auch dem wird nicht widersprochen, so dass Frau Sartor zur Abstimmung über die Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlags aus Vorlage 012/2017 aufruft.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt

- die Auflösung des bisherigen Liegenschaftsausschusses mit Ablauf des 28.02.2017 und
- die Bildung eines neuen Liegenschaftsausschusses ab 01.03.2017.

2. Der Rat beschließt folgende Anzahl der Ausschusssitze für den neu gebildeten Liegenschaftsausschuss:

- Der neu gebildete Liegenschaftsausschuss soll aus **15** Ausschusssitzen bestehen zuzüglich eines beratenden Mitgliedes des Koordinierungskreises Ausländischer Mitbürger.

3. Der Rat beschließt folgende Besetzung der Ausschussvorsitze:

Ausschuss	Vorsitz	1. Stellvertretung	2. Stellvertretung
Hauptausschuss	Bürgermeisterin § 57 Abs. 3 GO NRW	Frau Dr. Hortolani SPD	Frau Sartor CDU
Finanzausschuss	Herr Kirschner SPD	Herr Flühöh CDU	Herr Gießwein B'90/Die Grünen
Rechnungsprüfungs- ausschuss	Herr Lenz CDU	Herr Kick SPD	Herr Schwunk FDP
Wahlprüfungs- ausschuss	Herr Stutzenberger DIE BÜRGER	Herr Kranz SWG/BfS	
Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung	Herr Schier SPD	Herr Lusebrink CDU	Herr Pfeffer FDP
Schulausschuss	Herr Philipp SPD	Herr Flühöh CDU	Dr. Bockelmann SWG/BfS
Sportausschuss	Herr Kampschulte CDU	Herr Weidner SPD	Herr Stutzenberger DIE BÜRGER
Sozialausschuss	Herr Thier CDU	Herr Wapenhans SPD	Frau Lubitz DIE LINKE.
Kulturausschuss	Frau Dr. Hortolani SPD	Frau Gießwein B'90/Die Grünen	Frau Sartor CDU
Liegenschafts- ausschuss	Herr Schwunk FDP	Herr Pfeffer FDP	Herr Schier SPD
Verwaltungsrat TBS	Bürgermeisterin oder allgemeiner Vertreter	Herr Kick SPD	Herr Zeilert CDU
Verwaltungsrat Spk	Herr Kick SPD	Herr Flühöh CDU	Herr Schier SPD

Der Jugendhilfeausschuss bleibt unverändert und aus der Einigung ausgeklammert, da der Vorsitz und die Stellvertretungen von den stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses gewählt werden.

Jugendhilfeausschuss	Herr Gießwein B'90/Die Grünen	Frau Dr. Philipp SPD	Herr Müller CDU
-----------------------------	---	--------------------------------	---------------------------

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	8

Frau Lubitz war während der Abstimmung nicht anwesend.

14 Ausschussbesetzung des Liegenschaftsausschusses

013/2017

Frau Sartor erkundigt sich auch hier, ob Einwände gegen die gemeinsame Abstimmung über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlags bestehen und ruft – nachdem keine Einwände erhoben werden – zur entsprechenden Abstimmung auf.

Beschluss:

- Der Rat beschließt für den Liegenschaftsausschuss folgende personelle Ausschussbesetzungen:

Liegenschaftsausschuss						
Mitglieder			stellvertretende Mitglieder			
Klaus Peter Schier	R	SPD	1.	Gudrun Werner	skB	SPD
Ralf Bosselmann	R	SPD	2.	Rolf Pöckler	skB	SPD
Alexander Meinold	skB	SPD	3.	Saskia Jacqueline Schier	skB	SPD
Konstantin Hols	skB	SPD	4.	Silke Härtel-Kniese	skB	SPD
Gerd Philipp	R	SPD				
Heinz-Jürgen Lenz	R	CDU	1.	Michael Müller	R	CDU
Hans-Otto Lusebrink	R	CDU	2.	Hans-Jürgen Zeilert	R	CDU
Hermann Grüntker	skB	CDU	3.	Marcel Gemke	skB	CDU
Björn Elmar Krause	skB	CDU	4.	Carl-Christian Belitz	skB	CDU

Johanna Burbulla	R	DIE BÜRGER	1.	Jürgen Schulz	skB	DIE BÜRGER
			2.	Jannes Schley	skB	DIE BÜRGER
Klaus Armbruster	skB	B'90/Die Grünen	1.	Horst Rindermann	skB	B'90/Die Grünen
			2.	Volker Abels	skB	B'90/Die Grünen
Michael Schwunk	R	FDP	1.	Philipp Beckmann	R	FDP
Jörg Pfeffer	R	FDP	2.	Mike Dilly	skB	FDP
Klaus Kappelhoff	skB	SWG/BfS	1.	Bodo Hölscher	skB	SWG/BfS
			2.	Frank Kuhnert	skB	SWG/BfS
Jürgen Senge	skB	DIE LINKE.	1.	Rainer Zachow	skB	DIE LINKE.
			2.	Eleonore Lubitz	R	DIE LINKE.
beratendes Mitglied des KAMS						
Mitglied			stellvertretende Mitglieder			
Ekrem Asci	skE	KAMS	Özkan Akbaba		skE	KAMS

2. Die vom Rat am 03.07.2014 unter Ziffer 4 der Vorlage 102/2014 beschlossene allgemeine Stellvertretungsregelung bleibt unberührt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	7

Frau Lubitz und Herr Kick waren während der Abstimmung nicht anwesend.

15 Statusbericht Freibadbetrieb

Frau Sartor begrüßt den 1. Vorsitzenden des Trägervereins Schwelmebad e.V. und bittet ihn um seine Ausführungen.

Herr Siepman beginnt zunächst mit einem kurzen Rückblick auf das Jahr 2016. Trotz der schwierigen Wetterverhältnisse haben 21.305 Personen das Freibad besucht. Im Anschluss berichtet er über die diversen in 2016 durchgeführten Maßnahmen wie z.B. den Einbau des Heizkessels aus der ehemaligen Pestalozzischule und stellt die für 2017 auf der Agenda stehenden Projekte vor.

In 2017 habe das Schwelmebad 10-jähriges Jubiläum, zu dem der Trägerverein etliche Vorhaben plane, ebenso wie Angebote für Kinder jeden Alters.

Eine vorläufige Einnahme-Überschuss-Rechnung habe in 2016 Einnahmen von rd. 170.000 Euro ergeben, denen Ausgaben von rd. 173.000 Euro gegenüberstehen. Der Verein habe Dank einer Einzelspende von 20.000 Euro in 2016 somit fast eine schwarze Null geschrieben.

Frau Sartor dankt Herrn Siepman für seine Ausführungen und bittet, auch seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern Dank auszurichten.

- 16 "Neue Mitte Schwelm" 203/2016/3**
- Beschluss zur Abgrenzung des Untersuchungs- und Handlungsfeldes
- Konzept zur zukünftigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Beschluss:

1. Die Abgrenzung des Untersuchungs- und Handlungsfeldes „Neue Mitte Schwelm“ wird, wie in der Anlage 1 dargestellt, beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Arbeitskreis Leitlinienentwicklung“ in Anlehnung an diese Vorlage zu konstituieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine leitlinienorientierte Beteiligung der Öffentlichkeit mit dem Arbeitskreis zu entwickeln.
4. Die Art und der Umfang der externen Moderation des „Arbeitskreises Leitlinienentwicklung“ werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung vertagt.
5. Eine Erhöhung des Teilbereichs Bürgerbeteiligung im Etatansatz „Räumliche Planungen und Entwicklung“ wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung vertagt.
6. entfällt

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

- 16.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE BÜRGER, 022/2017**
B'90/Die Grünen und SWG/BfS vom 02.02.2017 -
"Zentralisierung der Verwaltung"

Herr Flüshöh leitet ein, dass sich die Politik zu dem Thema „Zentralisierung der Verwaltung“ viel auseinandergesetzt und gestritten habe. Was die beste Lösung sei, habe jeder für sich selbst beurteilt. Beschlüsse seien gefasst worden und am

17.02.2017 entscheide das Verwaltungsgericht über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Mitte des letzten Jahres habe sich dann eine Entwicklung bezogen auf das Brauereigelände abgezeichnet, die möglicherweise die Eigentumsverhältnisse verändere und neue Ansprechpartner mit sich bringe. Die Idee, die heute präsentiert werde, sei keine neue Idee, sondern bereits auf unterschiedlichste Art und Weise aufgekommen. Sie ermögliche, die beiden sehr weit auseinanderliegenden Positionen zusammenzuführen. Dies habe die Politik dazu verleitet, heute den Antrag vorzulegen, der – nach ersten vorsichtigen Gesprächen mit dem potentiellen Eigentümer – eine gemeinsame Lösung für die Stadt als möglich erscheinen lasse. Die Verfolgung einer derartigen Idee mache jedoch nur Sinn, wenn auch die Initiatoren des Bürgerbegehrens beteiligt werden. Für ihn stelle dies einen fantastischen Schritt dar und er hoffe, dass dieser die Mehrheit finde, sodass die Verwaltung sich verfahrensmäßig auf den erforderlichen Weg begeben könne.

Herr Kick erklärt, dass die SPD ebenfalls sehr froh über die breite Mehrheit sei, die den Antrag stütze. Allerdings müsse klar sein, dass es sich hierbei zunächst um den ersten Schritt handle. In einem zweiten Schritt werde man schauen müssen, ob sich tragfähige Kosten ergeben. Nach dem Verlauf der bisherigen Gespräche sei er da aber zuversichtlich. Mit dem heutigen Antrag werden die Rahmenbedingungen geklärt und das Planungsrecht geschaffen werden können. Er dankt Herrn Flühöh und Herrn Gießwein für ihr Engagement und die redaktionelle Antragstellung, der Verwaltungsleitung für ihre Unterstützung sowie den Initiatoren des Bürgerbegehrens ebenfalls für die Unterstützung des Standortes, von der er davon ausgehe, dass dieser dem Interesse der Schwelmer Bürgerschaft entspreche.

Herr Kranz führt die Vergangenheit vor Augen, in der die Gustav-Heinemann-Schule noch nicht im Gespräch gewesen und ein neuer Standort für das Rathaus überlegt worden sei. Bei der Verwirklichung auf dem Brauereigelände habe es sich zu dem Zeitpunkt noch um Wunschdenken gehandelt und könne nun Wahrheit werden. Aber die Kosten müssen im Blick bleiben, da der Rathausneubau der Konsolidierung dienen solle. Der Antrag stelle einen Kompromiss zwischen allen Fraktionen dar, hinter dem die SWG/BfS-Fraktion ganz und gar stehe. Zwei schwierige Punkte können endlich zu einem guten Ende geführt werden, das in der Bevölkerung große Akzeptanz erfahren werde.

Herr Schwunk merkt an, dass seine Fraktion auf dem Kopfbogen des Antrags fehle. Seiner Auffassung nach greifen die Antragsteller die Möglichkeit der Befriedung aller Seiten auf, zu der er in Frage stelle, ob diese durch einen Ratsbeschluss herbeigeführt werden könne oder nur dadurch möglich sei, in dem man die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lasse. Es werde lediglich ein Prüfantrag gestellt, um Kosten zu ermitteln. Dies öffentlich an dieser Stelle zu tun, wo der Kaufvertrag noch nicht unterzeichnet sei, halte er ökonomisch für dumm. Die geweckten Erwartungen werden nicht erfüllt werden können, da es viele Faktoren gebe, die diese Option teurer machen werde. Dies ergebe sich schon allein bei Betrachtung der Fakten, dass bei einem Vergleich der Varianten Moltkestraße und Brauerei bei der Brauerei ein Grundstück für mindestens 4 Mio. Euro und KAG-Beiträge im hohen 7-stelligen Bereich von der Stadt mit finanziert werden müssen. Der Standort der Gustav-Heinemann-Schule stelle die einzig richtige Entscheidung dar.

Herr Gießwein erklärt, dass die jetzige Prüfung eine Möglichkeit biete, die es bisher nicht gegeben habe und dankt allen Beteiligten, diese mit breiter Mehrheit zu

ergreifen. Es sei zunächst ein Prüfauftrag. Die Entscheidung stelle erst den nächsten oder übernächsten Schritt dar. Ob die Option weiter aufrecht erhalten bleiben könne, werde sich in den nächsten Wochen oder Monaten zeigen. Die Fraktion B'90/Die Grünen werde aber weiterhin für ökologisch wirtschaftliche Abwägungskriterien eintreten. Die erst vor kurzem beschlossene Lebenszykluskostenrechnung werde in der Angelegenheit eine wichtige Rolle spielen. Sollte sich die Politik mit breiter Mehrheit auf den heute in Rede stehenden Standort einigen können, so müsse sie auch Gedanken um die Nachnutzung des GHS-Gebäudes anstellen, das aufgrund des Betonbunkers wohl kaum verkauft werden könne. Dieser Umstand werde bei der Gesamtabwägung ein wichtiger Punkt sein und auf die Standortentscheidung Einfluss haben. Er hoffe, da es hier um Haushaltskonsolidierung gehe, schnell Zahlen zu haben und zu einer Lösung zu gelangen.

Auch Herr Stuzenberger bestätigt, dass die Idee der Zentralisierung der Verwaltung auf dem Brauereigelände nicht neu sei und seinerzeit bereits zum Zeitpunkt der Diskussion über den Standort Moltkestraße oder Gustav-Heinemann-Schule von vielen Bürgern vorgeschlagen worden sei. Zu dieser Zeit hatte jedoch der frühere Investor andere Pläne. Jetzt gebe es eine große Einigung und es gehe darum, diese Option zu prüfen. Mehr „Mitte“ gebe es für ein Rathaus nicht. In der Fraktion DIE BÜRGER sei man sich sehr schnell einig gewesen, dem Antrag folgen zu wollen und diesen zu unterstützen.

Herr Philipp bezieht sich auf die Antragsbegründung. Diese enthalte einen klassischen Kompromiss, der in einer Atmosphäre ausgeprägten Misstrauens stattgefunden habe und in der Sache befrieden solle. Er begrüße, dass der Antrag von sechs Fraktionen unterschrieben worden sei. Dies erhöhe seine Glaubwürdigkeit. Er dankt den Herren Kick, Flühöh und Gießwein, dass dieser nun vor ihnen liege.

Herr Feldmann wirft ein, dass im Arbeitskreis Zentralisierung vielfach eingewendet worden sei, zu viel hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. Der Antrag sei nun offen formuliert und lasse den beiderseitigen Gegnern alle Optionen offen. Es werde nun ein Standort untersucht, der genau zwischen den beiden anderen strittigen Standorten liege. Wichtig sei es, Zeit zu gewinnen, nicht nur bezogen auf die Diskussion um das Rathaus oder das Haushaltssicherungskonzept sondern auch hinsichtlich der Schuldiskussion. Gegebenenfalls werde die Gustav-Heinemann-Schule noch als Schulgebäude oder für eine andere Nutzung benötigt. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse gezeigt werden, dass der Rat flexibel auf verschiedene Diskussionen in der Stadt eingehe.

Herr Kranz warnt bei aller Euphorie, dass der Investor zunächst bestätigen müsse, dass er diesen Schritt mit der Verwaltung gehen wolle. Sollte diese Alternative nicht umsetzbar sei, werden die beiden anderen Varianten weiter verfolgt, aber man habe es zumindest versucht.

Herr Flühöh hält es für ratsam, sich zum einen an Fakten zu halten und zum anderen einen Schritt nach dem anderen zu gehen. Anschließend erläutert er, warum er es für wichtig halte, schon jetzt und zwar in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in konkrete Gespräche mit den potentiellen Erwerbern der Liegenschaft „Historische Brauerei“ einzutreten und mit Ihnen darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Rahmenbedingungen und Kosten der Stadt ausreichende Flächen zur Unterbringung einer zentralisierten Verwaltung zur Verfügung gestellt werden können. Die Stadtverwaltung hat dabei darauf zu achten, dass
 - möglichst alle Bereiche einer zentralisierten Verwaltung inklusive Bücherei auf dem Gelände der „Historischen Brauerei“ untergebracht werden können,
 - weiterhin eine Einzelhandelsnutzung in überwiegenden Teilen des Erdgeschosses möglich bleibt.
2. Die Verwaltung wird bis zum Abschluss der Verhandlungen und einer abschließenden Entscheidung den Verkauf der Liegenschaften in der Moltkestraße sowie alle Maßnahmen zum Umbau der GHS ruhen lassen. Zugleich wird die Verwaltung aufgefordert, mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens eine Einigung darüber zu erzielen, das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht in Arnsberg bis zum Abschluss der oben genannten Verhandlungen und abschließender Entscheidung durch den Rat ruhend zu stellen und zu diesem Zweck bei dem Verwaltungsgericht auch den Antrag zu stellen, das Ruhen des Verfahrens anzuordnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die erforderlichen Schritte zur Schaffung von Planungsrecht einzuleiten, nach dessen Abschluss eine veränderte Nutzung der Fläche als Einzelhandels- und Verwaltungsstandort zulässig ist. Zugleich wird die Verwaltung aufgefordert, alle vergaberechtlichen Aspekte zu prüfen und zu beachten.
4. Sollte der potentielle Erwerber der Liegenschaft die Grundstücke nicht erwerben, lebt das bisherige Verfahren mit anstehender Entscheidung durch das Verwaltungsgericht wieder auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	4

16.2 Bebauungsplan Nr. 103 "Rathaus - Neue Mitte" - Aufstellungsbeschluss

023/2017

Beschluss:

Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) geändert worden ist, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 103 „Rathaus – Neue Mitte“ im beschleunigten Verfahren beschlossen.

Von der Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 2a BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 6 (5) Satz 3 und § 10 (4) BauGB kann abgesehen werden; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Bei der Beteiligung nach Absatz 2 Nr. 2 wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 19, Flurstücke 114 tlw., 117, 118, 122, 124, 125, 126, 130, 131, 132, 793, 794, 796, 841 tlw., 842 tlw., 843 tlw., 973, 974, 975, 1034 tlw. sowie Flur 20, Flurstück 566 tlw. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7 BauGB).

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	4

17 Benennung einer Straße im Bebauungsplangebiet "Bahnhof Loh" 239/2016/2

Herr Schwunk dankt, dass dem Vorschlag der FDP-Fraktion gefolgt worden sei.

Er fordert die Verwaltung auf, gemeinsam mit dem Kulturausschuss und dem Schulausschuss ein Konzept zu überlegen, wie man Kindern und Schülern gebührend vermitteln könne, was berühmte Personen Schwelms geleistet haben und wie man dies zum Ausdruck bringen könne.

Frau Dr. Hortolani berichtet aus dem Kulturausschuss, dass es vom Verein für Heimatkunde unterstützt werde, an derartige Personen dauerhaft zu erinnern und dies auch weiter betrieben werden solle.

Beschluss:

Die im Bebauungsplangebiet „Bahnhof Loh“ dargestellte Planstraße WA erhält den Straßennamen „Gustav-Heinemann-Straße“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

18 Klimaschutzmanagement in der Stadt Schwelm 245/2016

Herr Striebeck beantwortet Fragen des Herrn Feldmann zu Erfahrungen mit der vom Kreis errichteten geothermischen Anlage und des Herrn Philipp zur Zuordnung der Klimamanagerin bzw. des Klimamanagers beim Fachbereich 2.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt das kommunale Klimaschutzteilkonzept vom 20. Oktober 2016 als wichtigen Beitrag zum kommunalen Umwelt- und Klimaschutz. Die Umsetzung der im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen

erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung erforderlicher Haushaltsmittel. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Fördermitteln ist jeweils entsprechend zu prüfen.

2. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Stadt Schwelm, für die Umsetzung des Klimaschutzteilprojektes eine Klimaschutzmanagerin bzw. einen Klimaschutzmanager dauerhaft einzustellen. Der Arbeitsplatz ist im Fachbereich 2 / Immobilienmanagement dauerhaft ab dem Jahr 2017 einzurichten.
3. Der Rat der Stadt Schwelm beauftragt die Verwaltung, beim Projektträger Jülich, (im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit) einen Antrag auf Fördermittel für die Einstellung einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimaschutzmanagers zu stellen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**19 Entwicklung der Sportanlage "An der Rennbahn" - 002/2017
 Beauftragung eines Fachingenieurbüros
 (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung
 gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 Gemeindeordnung NRW**

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Hauptausschuss am 19.01.2017 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

**20 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die 198/2016/1
 Städtische Musikschule Schwelm vom 16.11.2010**

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Städtische Musikschule Schwelm vom 16.11.2010 wird entsprechend der Anlage 1 zur Verwaltungsvorlage Nr. 198/2016/1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

**21 Bereitstellung einer überplanmäßigen 238/2016
 Aufwendung/Auszahlung an den
 Volkshochschulzweckverband (Genehmigung einer
 Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2
 Gemeindeordnung NRW)**

Herr Flüshöh teilt mit, den Beschluss heute mitzutragen, erinnert aber an die in 2014 oder 2015 geführte Debatte über zukünftige Zuschüsse und meint, seinerzeit hierzu eine Regelung gefunden zu haben. Er bittet, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung des zuständigen Fachausschusses zu setzen.

Herr Schweinsberg erinnert sich, dass der frühere Bürgermeister Herr Jochen Stobbe in zähen Verhandlungen ein gutes Ergebnis für die Stadt Schwelm ausgehandelt habe und verwaltungsseitig auch Überraschung bestehe. Herr Tolksdorf habe eindringlich nach, ob es sich um einen Einmaleffekt handle. Im Kulturausschuss werde weiter berichtet.

Frau Dr. Hortolani weist darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen geändert haben, woraus sich die Notwendigkeit der Neuberechnung für die VHS ergeben habe. Die Zuschüsse seien unabwendbar.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die von der Bürgermeisterin oder dem Vertreter im Amt und einem Ratsmitglied am 05.12.2016 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zur Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen bei der Haushaltsstelle 04.01.04.537900 (Zweckverbandsumlage) in Höhe von 23.790,36 €.

Zur Deckung dieser überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen stehen Minderaufwendungen/-auszahlungen bei den HHSt. 03.07.01.529100, 03.01.01.525501, 03.01.05.525501, 03.01.06.525501, 08.01.02.525501 und 04.01.01.529100 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

22 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / 003/2017 Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Produkt 01.01.13 - "Zentrales Gebäudemanagement"

Herr Schweinsberg nimmt Bezug auf die von Herr Kirschner vorgetragene Frage, ob hinsichtlich der rechtsanwaltlichen Beratung zur Rücknahme des Eilverfahrens Kosten entstanden, oder ob auf die dahingehenden Honorarforderungen verzichtet worden seien. Der Anwalt habe schriftlich zugesichert, für diese Beratung keine Gebühren in Rechnung zu stellen.

Herr Schwunk erkundigt sich zu den in der Vorlage 003/2017 unter f) aufgeführten 47.550 Euro Beratungskosten zur Dreifeldhalle und den darunter stehenden 75.200 Euro Beratungskosten in Sachen Zentralisierung und bittet um eine konkrete Aufstellung hierzu, wie die Summen zustande kommen.

Herr Schweinsberg verweist auf den nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Herr Stutzenberger merkt zu den Beratungskosten Schwelm ArENa an, dass diese in erster Linie vom Vermieter zu tragende Kosten seien und fragt nach, warum die Stadt die Kosten als Mieter trage.

Herr Striebeck erläutert, dass von dem Betrag von 47.550 Euro allein ein Betrag von 42.500 Euro auf die Erstellung eines Betriebsbuches entfalle. Durch den Beratungsvertrag habe sich für die Stadt die Möglichkeit eröffnet, Einfluss auf den Abschluss des Contractingvertrages zu nehmen.

Des Weiteren habe die Stadt als Generalmieter ihre Verpflichtungen zu 100 % zu erfüllen. Bei rd. 2.000 Rechtsvorschriften, die für die Stadt als Generalmieter gelten, war eine externe Beratung dringend erforderlich, um bei der Erstellung des Orga-Handbuches behilflich zu sein, das den Nutzern alle Rechte und Pflichten aufzeigt.

Herr Schwunk erkundigt sich, wie zu den 22.000 Euro die Vertragsgestaltung ausgesehen habe.

Herr Striebeck kann die Beantwortung zum Protokoll nachreichen oder in der nichtöffentlichen Sitzungsteil weiter erläutern.

Beschluss:

Im Produkt 01.01.13 - „Zentrales Gebäudemanagement“ werden für das Haushaltsjahr 2016 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von insgesamt 324.738,32 EUR bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

43.908,06 EUR	bei 01.01.13.521505 - Bauunterhaltung
23.259,83 EUR	bei 01.01.13.521520 - Wartung der technischen Anlagen
51.536,50 EUR	bei 01.01.13.524110 - Energie und Wasser
30.064,03 EUR	bei 01.01.13.524193 - Gebäudereinigung
40.508,16 EUR	bei 01.01.13.542200 - Mieten und Pachten
<u>135.461,74 EUR</u>	<u>bei 01.01.13.543160 - Sachverst.-, Gerichts- u. ä. Kosten</u>
324.738,32 EUR	gesamt

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitungen ist durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 16.01.01.401300 – „Gewerbsteuer“ sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	27
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	4

Herr Kick war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 23 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 in den Produkten 06.01.04/ 06.03.03./06.03.04 - "Jugendhilfe" 006/2017**

Herr Menke erläutert Beweggründe für die einzelnen Positionen zu den aus der Vorlage ersichtlichen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen von mehr als 1 Mio. Euro.

Herr Philipp erklärt, dass der ganze Jugendbereich seit 2007 mit größeren Kostenanstiegen beschäftigte und verweist auf einen von Seiten der SPD in 2011 gestellten Antrag, der sich nicht weiterentwickle.

Nach Auffassung des Herrn Flüshöh ist das Thema sehr komplex. Die bereits eingeleiteten Schritte zeigen ein Stück weit Wirkung. Er würde begrüßen, wenn die Kostenverschiebungen mal in Relation zu den geplanten HSP-Maßnahmen gesetzt würden und zusammengestellt werden könne, welche Potentiale noch vorhanden seien.

Herr Schweinsberg schlägt dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses vor, dies für die nächste Sitzung aufzubereiten.

Herr Gießwein wendet ein, dies bereits für die Haushaltsberatungen 2017 aufbereitet zu haben und sich darauf verständigt zu haben, dies für die nächsten Haushaltsberatungen nochmals zu tun.

Herr Flüshöh merkt an, dass es für die Zukunft wichtig sein werde, inwieweit Einmaleffekte erzielt werden oder Effekte fortgeschrieben werden können.

Beschluss:

In den Produkten 06.01.04. – „Tagespflege“, 06.03.03 - „Hilfe zur Erziehung“ und 06.04.04. – „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“ werden für das Haushaltsjahr 2016 überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von insgesamt 1.040.173,61 € bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf die nachstehend aufgeführten Haushaltsstellen auf:

102.612,56 € bei 06.01.04.533100 - Soz. Leistungen an natürl. Pers. außerh. v. Einr.

74.068,30 € bei 06.03.03.533100 - Soz. Leistungen an natürl. Pers. außerh. v. Einr.

91.877,36 € bei 06.03.03.533102 - Soz. Leistungen an natürl. Pers. außerh. v. Einr. (UMA)

454.918,94 € bei 06.03.03.533201 - Soz. Leistungen an natürl. Pers. innerh. v. Einr. (UMA)

316.696,45 € bei 06.03.04.533100 - Soz. Leistungen an natürl. Pers. außerh. v. Einr.

1.040.173,61 € gesamt

Die Deckung der vorstehenden Haushaltsüberschreitungen ist durch Minder-aufwendungen/Mehrerträge in mindestens gleicher Höhe über Haushaltsstellen des FB 4 an anderer Stelle sichergestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

24 Elektronische Fassung Haushalt 2017

001/2017

Kenntnis genommen

25 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 22 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 03.02.2017	Schriftführerin gez. Söhner	1. stv. Bürgermeisterin gez. Sartor
-------------------------	-----------------------------------	---